

Ulrich Lange

- (A) (Michael Theurer [FDP]: Was ist jetzt die Wahrheit? Haben Sie FDP gewählt oder nicht? – Dr. Christian Jung [FDP]: Sie lieben die FDP, geben Sie es zu! Wahrscheinlich wählen Sie sie sogar heimlich!)

§ 33 PUAG besagt, dass wir einen Abschlussbericht zu machen haben. Genau den haben wir abzuwarten, und das wollen Sie nicht. § 24 PUAG sagt Ihnen, was eine Gegenüberstellung ist. Verwenden Sie nicht fälschlich das Wort „Kreuzverhör“. Ein Kreuzverhör gibt es bei den Amerikanern, und die Amerikaner leben zurzeit leider von Fake News.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lieber Kollege Özdemir, mit dem Untersuchungsausschuss haben Sie ja wirklich nichts zu tun, aber anscheinend mit der Wirtschaft. Und Sie glauben, dann beurteilen zu können, wer die Wahrheit spricht und wer lügt? Es ist schon bemerkenswert, dass Sie heute hier ausgerechnet für diejenigen Partei ergreifen und sie verteidigen wollen, die Gegenstand einer Kleinen Anfrage Ihrer Partei im Bayerischen Landtag vom 30. September 2016 wegen eines Strafverfahrens aufgrund des Verkaufs von Schwarzmarkttickets waren.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was reden Sie?)

Wer über ehrenwerte Kaufmänner redet, der muss sich die gesamte Geschichte der einzelnen Personen anschauen, meine Damen und Herren; auch das gehört zur Bewertung, wenn man so selbstsicher sagt: Einer lügt, und einer spricht die Wahrheit.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, auch die Aussage des Zeugen Schulz – lieber Kollege Krischer, der Zeuge Schulz hat Ihnen eines kaputtgemacht: die Show – war rechtsstaatlich in Ordnung. Es gehört zum Rechtsstaat, dass diejenigen als Zeugen aussagen dürfen, die an einem Termin teilgenommen haben.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum sagen sie das nicht drei Wochen vorher?)

Und wenn Sie einen Zeugen nicht wollen, dann zeigt es, dass dieser Zeuge vielleicht eine Aussage bringt, die Ihnen nicht passt.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er hat eine super Aussage gemacht!)

Aber wer an der Wahrheit arbeitet, muss alle hören. Das ist unsere Aufgabe; dafür gehen wir jetzt wieder aus dem Plenum zurück in den Untersuchungsausschuss. Wir suchen die Wahrheit, und die finden wir definitiv nicht hier in dieser Aktuellen Stunde. Sie war leider ein klassisches Beispiel für den Missbrauch des Plenums.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Alexander Gauland [AfD])

Vizepräsident Thomas Oppermann:

(C)

Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen zur Aktuellen Stunde liegen nicht vor. Ich schließe diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 14 a bis 14 c auf:

- a) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Dritten Gesetzes zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes**

Drucksache 19/21749

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

Drucksache 19/22700

- b) Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Dritten Gesetzes zur Änderung agrarmarktrechtlicher Bestimmungen**

Drucksachen 19/21984, 19/22817, 19/23054 Nr. 12

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

Drucksache 19/23162

- c) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gero Clemens Hocker, Frank Sitta, Carina Konrad, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Ergebnisoffenen Dialog mit Landwirten führen – Beratungen zu Agrarpaket und Düngeverordnung auf wissenschaftliche Grundlagen stellen und Betroffene einbeziehen

Drucksachen 19/16476, 19/17879

Zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke vor.

Für die Aussprache ist eine Dauer von 30 Minuten beschlossen. – Ich eröffne die Aussprache, sobald Sie alle die Plätze gewechselt haben und die für die Debatte nötige Ruhe eingekehrt ist.

Ich eröffne die Aussprache und rufe den ersten Redner in der Debatte auf. Das ist der Kollege Hermann Färber von der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Hermann Färber (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetz kürzen wir die Direktzahlungen der Landwirte im Haushaltsjahr 2021 um 6 Prozent und schichten dieses Geld von der ersten in die zweite Säule der GAP um. Im Jahr 2022 stehen dann damit insgesamt 295 Millionen Euro für die Förderung der ländlichen Räume zur Verfügung. Die Länder können

(D)

Hermann Färber

- (A) damit ihre Förderprogramme im Bereich des Natur- und Umweltschutzes mit ausreichenden Finanzmitteln ausstatten. „Mehr Maßnahmen für Umweltschutz und Klimaschutz“, so lautet die zentrale Forderung der Öffentlichkeit. Wir setzen hiermit ein wirksames Zeichen.

Wichtig ist uns aber, dass die Gelder an die landwirtschaftliche Mittelvergabe gebunden bleiben.

(Albert Stegemann [CDU/CSU]: So ist das!)

Denn dieser Betrag, den wir aus der ersten Säule entnehmen und der unserer Umwelt zugutekommen soll, wird erst mal auf den Höfen, in den Betrieben fehlen, sowohl für die Einkommenssicherung wie auch für die Risikoabsicherung.

Ich möchte an dieser Stelle auch noch darauf hinweisen, dass es in der ersten Säule der GAP bereits viele Maßnahmen gibt, die unsere Bäuerinnen und Bauern ergreifen, um Artenvielfalt und ökologische Lebensräume zu schützen. Dafür gebühren ihnen unsere Anerkennung und unser Respekt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Michael Theurer [FDP])

Keinen Respekt vor den Bauern zeigt dagegen die FDP mit ihrem Antrag.

(Michael Theurer [FDP]: Lüg doch nicht! Unglaublich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie verschaukeln die Bauern mit Ihrem Antrag für einen ergebnisoffenen Dialog zur Düngeverordnung. Es kann doch keinen ergebnisoffenen Dialog mehr geben, nachdem wir rechtskräftig vom Europäischen Gerichtshof verurteilt wurden und nach 29 Jahren und mehreren Anläufen endlich eine Düngeverordnung auf den Weg gebracht haben. Da gibt es keinen ergebnisoffenen Dialog; da gibt es eine Umsetzung.

- (B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zu behaupten, dass es noch Alternativen gibt, um ein Vertragsverletzungsverfahren zu vermeiden, ist einfach unredlich. Sie benutzen die Bauern, um daraus politisch irgendwie Nektar zu saugen. Das geht so gar nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Rainer Spiering [SPD])

Zum Antrag der Linken für eine Weidetierprämie – er wird ja immer wieder eingebracht – möchte ich Folgendes sagen:

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Bis er beschlossen wird! So lange machen wir das!)

Wir lehnen gekoppelte Zahlungen grundsätzlich ab, weil sie in der Vergangenheit in Europa zu Marktverzerrungen, aber auch zu Fehlanreizen geführt haben. Die meisten Schäferinnen und Schäfer verfügen über Grünlandflächen. Sie profitieren von den Direktzahlungen in der ersten Säule, wo die Prämien ja deutlich gestiegen sind. Aber genauso profitieren sie von den Zahlungen in der zweiten Säule, die ja gerade heute durch diese Umschichtung finanziell gestärkt wird.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Warum sind sie dann arm?) (C)

Wir haben in diesem Zusammenhang, ehrlich gesagt, einen ganz anderen Eindruck. Die immer wiederkehrende Forderung nach einer Weidetierprämie scheint uns eher mit einem Versprechen bestimmter Gruppierungen an die Schäfer verbunden,

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Der war gut! Das ist ja lächerlich!)

und zwar mit dem Versprechen, für diese Weidetierprämie das eigentlich große Problem, nämlich die zunehmende Bedrohung durch die Wolfsrisse, zu verschweigen. Das tragen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bin aber durchaus bereit, mit Ihnen einen Vollewerbsbetrieb mit Schafhaltung zu besuchen, unter der Voraussetzung, dass dann auch alle Zahlen auf den Tisch kommen, dass die Zahlen alle komplett offengelegt werden. Allerdings müssen Sie dann umgekehrt mit mir auch in einen Betrieb gehen, der durch Wolfsrisse geschädigt ist.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ich bin ständig in solchen Betrieben!)

Und dann schauen wir, was dabei herauskommt.

Wir stimmen für den Gesetzentwurf der Bundesregierung, lehnen aber den Antrag der FDP und den Entschließungsantrag der Linken ab.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU) (D)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der AfD der Kollege Stephan Protschka.

(Beifall bei der AfD)

Stephan Protschka (AfD):

Herr Präsident! Habe die Ehre, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gott zum Gruße, liebe Gäste im Hohen Haus und zu Hause vor dem TV-Gerät! Liebe Kollegen von der CDU/CSU, mit dieser Rechtsverordnung verarscht ihr aber schon eure Wähler nach Strich und Faden, oder? Bäuerliche Familienbetriebe – das wisst ihr ja wohl selbst – denken in Generationen und brauchen Verlässlichkeit und Planbarkeit. Aber auf was sollen sich die deutschen Bauern eigentlich noch verlassen, wenn Sie hier jedes Mal Ihr Wort brechen und die heimische Landwirtschaft regelmäßig mit einer neuen Auflagen- und Verbotsflut überziehen?

Wir erinnern uns: Genau vor einem Jahr haben Sie die Direktzahlungen umgeschichtet und damit die deutschen Bauern um 75 Millionen Euro beraubt. Das sind wichtige Mittel, die nun erneut auf den Höfen fehlen. Sie, Herr Färber, haben damals im Ausschuss hoch und heilig versprochen, dass das eine einmalige Aktion sei und nur für das Jahr 2020 gelten würde.

(Hermann Färber [CDU/CSU]: Deshalb stimmen wir heute wieder darüber ab!)

Stephan Protschka

- (A) Ja, und Ihr Herr Kollege Max Straubinger von der CSU – er stand damals genau hier – hat im Hohen Hause noch betont, dass er zur Vertragstreue und zur Zuverlässigkeit gegenüber unseren Bauern stehen und die Umschichtung deshalb ablehnen würde. Trotzdem hat er dann der Umschichtung zugestimmt, und trotzdem wollen Sie nun, entgegen Ihren ganzen Versprechungen, nochmals umschichten.

(Albert Stegemann [CDU/CSU]: Das ist jetzt inhaltlich aus dem Zusammenhang gerissen! Das stimmt nicht! Das war nicht absehbar!)

Bekommen Sie eigentlich nicht mit, dass die Landwirte seit einem Jahr regelmäßig zu Zehntausenden gegen Ihre verfehlte und fachfremde Agrarpolitik auf die Straße gehen? Die Bauern haben die Schnauze gestrichen voll von Ihnen.

Und was ist das eigentlich für ein Zeichen für unsere Landwirte, wenn Sie ihnen angesichts der von Ihnen verursachten Lockdown-Krise und der jetzt auftretenden Afrikanischen Schweinepest nun abermals tief ins Portemonnaie greifen? Mit der Alternative für Deutschland ist dies auf jeden Fall nicht zu machen. Wir stehen fest hinter der deutschen Wirtschaft; wir stehen fest hinter der deutschen Landwirtschaft.

(Beifall bei der AfD – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das haben sie nicht verdient!)

Wenn sich ein Hof erst einmal geschlossen hat, dann geht es nie wieder auf. Ich glaube, das wissen die Kollegen von der Union am besten; es sind ja viele Landwirte dabei. Vernünftige Agrarpolitik muss deshalb die wirtschaftliche Existenz der bäuerlichen Landwirtschaft schützen. Für die AfD ist es selbstverständlich. Wir lehnen daher Ihre Verordnung ab.

Liebe Frau Klöckner – heute leider nicht da –, lieber Herr Fuchtel, liebe CDU/CSU, ich kann es ja verstehen, dass Sie sich den Grünen schon anbieten müssen,

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil es der Koalitionspartner für die nächste Wahlperiode ist, ganz nach dem Motto: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern, Hauptsache, der dicke BMW oder Mercedes bleibt draußen stehen, damit ich weiterfahren kann – aber doch bitte nicht auf Kosten unserer Wirtschaft und nicht auf Kosten unserer Landwirtschaft!

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh, nicht weinen!)

Ich danke hier noch mal allen deutschen Landwirten,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und Landwirtinnen! – Hermann Färber [CDU/CSU]: Nur den deutschen?)

die trotz der Arbeit dieser Regierung durchhalten und für uns alle hochwertige Lebensmittel produzieren. Mit mir als Landwirtschaftsminister wird es in Zukunft wieder Verlässlichkeit und Vernunft geben;

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Tobias Zech [CDU/CSU]: Es ist besser, Sie hören jetzt auf!)

denn nur mit der AfD funktionieren Landwirtschaft, (C) Umweltschutz und Tierschutz.

Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Für eine Regierungserklärung war es noch ein bisschen früh, würde ich sagen.

(Heiterkeit)

Als Nächster hat das Wort der Kollege Rainer Spiering für die Fraktion der SPD.

(Beifall bei der SPD – Tobias Zech [CDU/CSU]: Rainer, kommentier das mal passend!)

Rainer Spiering (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Protschka, in Abwandlung eines Wortes bei uns zu Hause: Gott schütze uns vor Eis und Schnee – und vor Ihnen als Landwirtschaftsminister.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Und übrigens – das meine ich jetzt ganz ernst –: Wenn ich deutscher Landwirt wäre und Sie im Rücken hätte, würde ich ausgesprochen vorsichtig sein und immer einen Rückspiegel in der Hand haben.

Zur Sache. Wir haben die Möglichkeit, 15 Prozent der Mittel in die zweite Säule umzuschichten. Ich persönlich hätte das gut gefunden; aber es gehört zum demokratischen Gebaren, zu akzeptieren, dass wir eine zweite Kammer haben. In dieser zweiten Kammer sitzen nahezu alle Parteien, die hier im Bundestag vertreten sind. Man hat sich auf 6 Prozent der Direktzahlungsmittel verständigt, und damit ist das für uns gut und in Ordnung, und wir werden dem selbstverständlich zustimmen. (D)

Eines hat mich ein bisschen traurig gemacht: Es gab vom Bundesrat die Empfehlung, Geld für die Weidetierprämie zur Verfügung zu stellen. Das ist von hohem Interesse. Gerade der Kollege Dirk Wiese aus dem Hochsauerlandkreis, in dem eine starke Weidetierhaltung vorhanden ist, hätte das sehr gerne gesehen. Ich glaube, wir haben eine Chance vergeben, den Milchviehwirten und den Schäfern in Deutschland eine Hilfe für den Erhalt ihrer Höfe zu geben. Eine solche Hilfe ist nun leider nicht mehr möglich. Ich bedaure das sehr.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Ich auch! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bedauern allein hilft aber nicht!)

Für mich ist aber entscheidender als das Durchführungsgesetz, das wir heute verabschieden werden: Wie geht es mit der GAP 2021 weiter? Wir haben gestern Abend einen sehr interessanten Vortrag vom Deutschen Verband für Landschaftspflege gehört. In diesem ging es um einen Vorschlag, GAP-Mittel zu verwenden. Viele von denen, die hier heute vortragen, haben ihn gestern gehört.

Rainer Spiering

(A) (Artur Auernhammer [CDU/CSU]: Der Protschka nicht!)

– Herr Protschka nicht. – Der Vorschlag des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege – ihn würde ich sehr ernst nehmen – verausgabt GAP-Mittel für Leistungen gegenüber dem Gemeinwohl. Ich fand an dem Vorschlag ausgesprochen spannend und charmant, dass die Mittel regional einsetzbar sind. Es sind 19 Punkte, die auch in Euro dotiert werden und die die Möglichkeit schaffen, je nach regionalen Unterschieden – unser Land ist ja landwirtschaftlich regional sehr unterschiedlich aufgestellt – den einzelnen Landwirt für seine Arbeit zu entlohnen. Ich fand das total spannend. Es ist die Möglichkeit, Kolleginnen und Kollegen, GAP-Mittel sinnngerecht einzusetzen.

Bevor ich mich auf die Verteilung dieser Mittel konzentriere, noch mal die grundsätzliche Frage: Worüber verfügen wir hier? Das sind Steuermittel aus Deutschland für Europa, die zurückfließen. Für diese Steuermittel hat dieses Haus Verantwortung. Was machen wir mit dem Geld? Wir geben das Geld in die Fläche. Bis auf die 6 Prozent, die in die zweite Säule fließen – es kommt noch ein bisschen was dazu –, machen wir Flächenförderung.

(B) Was ist die Folge davon? Ein Hof, der sich um Weidetiere kümmert, der kleinteilige Arbeit macht, der rackert und macht und tut, aber leider nur 15 Hektar hat, kriegt 4 500 Euro pro Jahr. Ein Grundbesitzer, der 1 000 Hektar hat, bekommt 300 000 Euro. Wenn mir jemand diese Systematik erklären kann, und zwar so, dass für mich einsehbar ist, dass es einen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Sinn hat, dann wäre ich dankbar. Aber ich kann die Erklärung nicht finden, beim besten Willen nicht.

(Hermann Färber [CDU/CSU]: Sie waren aber gestern auch da!)

– Hermann, ich komme ja gleich dazu. Wir machen ja hier keine Zwiesprache.

Was ich an der Geschichte besonders schlimm finde: Nicht ganz ohne Grund beklagen sich viele Landwirtinnen und Landwirte über die Macht des deutschen Lebensmitteleinzelhandels. Wenn ich jetzt in die neuen Bundesländer schaue und mir dort angucke, wer aufkauft, dann finde ich sie alle, besonders die Lidl-Gruppe und die Aldi-Gruppe. Das, was Sie hier protegieren, hilft den Lebensmitteleinzelhändlern, ihre Kapitalmacht noch stärker zu machen. Kolleginnen und Kollegen im ganzen Haus: Das können wir nicht wollen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie diesen Widerspruch auflösen wollen, dann tun Sie etwas, was klassisch sozialdemokratisch ist: Belohnen Sie Arbeit. Belohnen Sie gute Arbeit.

Jetzt zu den 19 Punkten des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege. Je nach Region aufgeteilt – ob Lehm-boden, Sandboden, Steinboden oder, oder; mit einer Klassifizierung – wird dort tätige Arbeit belohnt. Dann können Sie ein System entwickeln, bei dem Sie auch kleinere Höfe mit harter Arbeit viel, viel besser belohnen

(C) als die Schwarz-Gruppe, zu der auch Lidl gehört, oder wie sie alle heißen. Da hätte ich Sie gerne an meiner Seite.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme jetzt zu einem Thema, das mir besonders am Herzen liegt. Die Klassifizierung, die Sie vorgeschrieben haben, ergibt nur dann einen Sinn, wenn sie schnell wirksam ist. Das heißt, nicht 1 000 Blätter ausfüllen, nicht Ordner füllen, sondern den Landwirtinnen und Landwirten mit ganz einfachen Mitteln die Möglichkeit geben, die Daten in einen Rechner einzugeben, digital an eine Behörde zu schicken, und zwei Stunden nachdem sie sie abgeschickt haben, bekommen sie eine digitale Antwort und wissen, wie viel Euro sie in ihrer Tasche haben. Dafür zu sorgen, das wäre Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland und nicht der Landwirte.

(Beifall bei der SPD)

(D) Abschließend: Ich hatte heute Morgen den französischen Agrarattaché bei uns im Haus. Ich habe gefragt: Wie macht ihr das in Frankreich? Er gab eine erstaunliche Antwort: Kappung bei 100 000 Euro. – Ich habe gefragt: Was macht ihr mit dem übriggebliebenen Geld? – Und jetzt kommt für Sie alle die erstaunliche Antwort: Sie geben es in Tierhaltung und Biodiversität. Genau das muss unser Ansatz sein. Wenn wir die Borchert-Kommission am Leben halten wollen, wenn wir das Geld zur Verfügung stellen wollen, dann brauchen wir genau daselbe, was die Franzosen haben: Kappung, keine Belohnung von Fläche, sondern Geld in die Arbeit und die Tierhaltung mithilfe der Digitalisierung. Wir können das schaffen. Hier sind die Franzosen ein sehr gutes Beispiel. Ich wäre sehr froh und dankbar, wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen würden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FDP der Kollege Dr. Gero Clemens Hocker.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Bundesregierung hat vor etwa einem halben Jahr Landwirtschaft erstmals als systemrelevant bezeichnet. Wir haben das damals ausdrücklich begrüßt, weil wir genauso wie viele Tausend Betriebe in Deutschland damit die Hoffnung verbunden haben, dass Landwirte endlich tatsächlich honoriert werden für ihre Arbeit und dafür, dass sie uns in Krisen- und auch in Nichtkrisenzeiten hochwertigste Lebensmittel zu niedrigen Preisen anbieten.

Aber Wertschätzung alleine reicht nicht aus. Mit dem Begriff der Systemrelevanz sollte eigentlich verbunden sein, dass solche Branchen in Krisenzeiten nicht noch zusätzlich mit Auflagen belegt werden. Doch das ist in diesem Bereich nicht gelungen. Der Koalitionsausschuss selber hat noch am 22. April 2020 davon gesprochen, dass es ein Belastungsmoratorium für besonders relevan-

Dr. Gero Clemens Hocker

- (A) te Branchen geben muss. Trotzdem ist die Düngeverordnung beschlossen worden; trotzdem diskutieren wir hier in diesem Hohen Hause über zusätzliche Auflagen für Nutztierhalter durch Insektenschutzprogramme, Ackerbaustrategien und viele andere Dinge mehr. Meine Damen und Herren von der Bundesregierung, es ist unerträglich, wie wenig von Begriffen wie „Systemrelevanz“ oder „Belastungsmoratorium“ tatsächlich bei der Landwirtschaft in Deutschland ankommt.

(Beifall bei der FDP)

Auch Ihre Vorschläge zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes verstoßen gegen den Grundsatz, Betriebe nicht mit zusätzlichen Auflagen zu belegen; denn wenn Sie Gelder aus der ersten in die zweite Säule umschichten, dann hat das nur einen Effekt: dass der Landwirt künftig für das gleiche Einkommen mehr arbeiten muss, mehr Auflagen erfüllen muss, mehr Bürokratiearbeit, mehr Dokumentation leisten muss. Und dazu sage ich Ihnen ganz ehrlich: Es ist unredlich, von „Systemrelevanz“ und „Belastungsmoratorium“ zu sprechen und gleichzeitig Landwirte mit zusätzlichen Auflagen zu belegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Ich sage Ihnen das ganz ausdrücklich: Wenn Sie tatsächlich vorhaben, verehrter Herr Staatssekretär, verehrte Kollegen der Bundesregierung, Gelder aus der ersten in die zweite Säule umzuschichten, dann kann das nur passieren, nachdem sie die Landwirte umfänglich von Bürokratie entlastet haben. Diese Bürokratie nutzt häufig genug nur denjenigen, die die Einhaltung bürokratischer Vorgaben kontrollieren dürfen; aber sie leistet häufig genug einen Bärenienst für Boden, Luft, Wasser und Tierwohl.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Als Nächstes spricht für die Fraktion Die Linke die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte geht es um die sogenannte erste Säule der EU-Agrarförderung, auch Direktzahlungen oder Flächenprämie genannt. Das sind für Deutschland jährlich immerhin mehrere Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt. Für die Verwendung von so viel Steuergeld haben wir in der Tat auch als Gesetzgeber eine große Verantwortung.

Formal sollen vor allem drei Probleme gelöst werden: Erstens sollen Einkommen und Risiken abgesichert werden, zweitens sollen die zum Teil erheblichen Schwankungen der Agrarpreise abgesichert werden, und drittens sollen gesellschaftliche Leistungen, die nicht über den Markt bezahlt werden, ausgeglichen werden. Das sind für viele Agrarbetriebe in der Tat sehr ernsthafte, oft sogar existenzielle Risiken. Nur, die Probleme werden auf diese Weise überhaupt nicht gelöst. Im

(C) Gegenteil: Das Geld landet zwar rechnerisch bei den Agrarbetrieben, aber real profitieren ganz andere davon, zum Beispiel Bodenspekulanten, die die Bodenpreise explodieren lassen, oder Saatgut-, Verarbeitungs- oder Handelskonzerne, die das Geld abschöpfen. Das ist ein Fehler im System; das muss dringend geändert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Sonst bleibt es nämlich dabei, dass Fördermittel letzten Endes bestenfalls Symptome lindern. Aber geheilt werden muss doch die Krankheit.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Richtig!)

Also: Schluss mit der konzernfreundlichen Agrarpolitik! Es muss das Prinzip gelten: Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Prinzip muss nicht nur, aber eben auch in der Agrarförderung gelten.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss für die kommende Förderperiode endlich die richtigen Weichen stellen; denn es geht um viel. Es geht um die Sicherung unserer Ernährungssouveränität, um den Schutz von Wasser, Boden, Luft und Klima. Eine nachhaltige Landwirtschaft ist doch in unser aller Interesse.

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Ohne Einigung zur neuen EU-Förderperiode gilt das alte Regelwerk. Aber auch mit diesem wäre deutlich mehr Nachhaltigkeit möglich, als Union und SPD heute liefern. Dieses erneute Versagen hinterlässt ausgerechnet die Schaf- und Ziegenhaltenden in einer bedrückenden Situation. Eigentlich machen sie alles richtig: Sie halten die Tiere so, wie die Gesellschaft das erwartet. Sie pflegen Kulturlandschaft und Deiche. Sie erhalten das Grünland. Sie schützen die biologische Vielfalt und das Klima. Sie kümmern sich um den Herdenschutz. Sie produzieren mit Wolle einen nachwachsenden Rohstoff. Sie produzieren nachhaltig Lebensmittel. Aber: Das Schaf nährt eben längst nicht mehr seine Hirten. Freiwillige Programme ändern an der Selbstausbeutung leider sehr wenig. Deshalb fordert Die Linke heute erneut eine Weidetierprämie, nicht als Almosen, sondern weil die Arbeit dieser nachhaltigen Landnutzung endlich ernsthaft bezahlt werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Leider wird die Mehrheit heute aus dogmatischen Gründen ihre Zustimmung wieder verweigern. Aber es gibt Möglichkeiten zur Wiedergutmachung, und zwar sehr bald. Wir als Linke werden für den Bundeshaushalt 2021 erneut ein Bundesprogramm „Schafhaltung“ beantragen, das den Namen auch wirklich verdient. Das sollte und muss uns die Schaf- und Ziegenhaltung wirklich wert sein.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht zu uns der Kollege Friedrich Ostendorff für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Friedrich Ostendorff (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir Grünen stimmen der Änderung agrarmarktrechtlicher Bestimmungen im Rahmen des Coronapaketes ausdrücklich zu. Wir stimmen auch dem Entschließungsantrag der Linken, den Weidetierhaltern, den Schaf- und Ziegenhaltern, endlich zu helfen, ausdrücklich zu.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der Abstimmung über den Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes, betreffend den GAP-Übergangszeitraum 2021, enthalten wir uns. Dieses Gesetz gäbe uns die Möglichkeit, wie schon der Kollege Spiering ausführlich darstellte, substanzielle Änderungen jetzt vorzunehmen. Aber Ministerin Klöckner und CDU/CSU zeigen null Bereitschaft – wie immer, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) –
Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie immer! – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie immer! Keine Veränderung!)

(B)

Stattdessen bauen Sie Potemkinsche Dörfer, hinter denen die vielen Probleme der Landwirtschaft verschwinden. Traurig, hinter der Showkulisse gibt es nur Stillstand und keine Entwicklung.

Das ist Ihre Arbeitshaltung zur GAP. Sie lassen zum Beispiel – leider – die Möglichkeit verstreichen, 15 Prozent der Gelder aus der ersten Säule – das ist diese unsinnige Verteilung nach Fläche – in die zweite Säule umzuschichten, so wie immer. Wieder brutalstmögliche Zurückhaltung bei Ihnen, statt voranzugehen, sich endlich für eine Weiterentwicklung der GAP mit wirksamen Zukunftsperspektiven einzusetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Albert Stegemann [CDU/CSU]: Das ist das Geld der Bauern!)

Zum Glück ist es ja nur eine Übergangslösung für 2021, okay. Aber: Wie soll denn je der Umbau der GAP zu einem Zukunftsinstrument gelingen, wenn Sie schon die kleinsten Möglichkeiten nicht wahrnehmen? Es geht um die Zukunft der Landwirtschaft in Deutschland. Wir brauchen endlich eine Neuausrichtung der Agrarpolitik. Sie aber lassen wieder alles offen. Wir brauchen eine deutliche Regionalisierung der Erzeugung, eine Ausrichtung auf Qualität statt Masse für den Weltmarkt. Das müssen Sie endlich angehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen die Neuausrichtung der Tierhaltung. Die Kuh muss raus aus dem Stall; sie muss wieder auf der Weide sichtbar werden.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP)

Nur so können wir den großen Graben zwischen Landwirtschaft und Gesellschaft wieder schließen. Aber nichts, gar nichts tun Sie dafür.

Wir brauchen endlich Lösungen für die vielen, vielen Probleme bei Umwelt, Klima und Biodiversität. Wir brauchen deshalb hohe Ambitionen für die GAP nach 2021, die auch die Gestaltungsmöglichkeiten auf nationaler Ebene endlich nutzt.

Wir brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine neue Agrarpolitik mit starken Eco-Schemes, den sogenannten Umweltleistungen, und eine Honorierung von Gemeinwohlleistungen durch eine Gemeinwohlprämie. Wer das gestern Abend nicht verstanden hat, der wird es, glaube ich, nicht mehr verstehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine starke Konditionalität: mit Moor- und Grünlandschutz, mit vielen ökologisch wirksamen Verbundflächen für Artenvielfalt. Wir brauchen eine starke zweite Säule für eine zielgenaue Förderung einer bäuerlichen Landwirtschaft.

Nur so, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann es eine Zukunftsperspektive für die bäuerliche Landwirtschaft geben. Gehen wir es endlich an!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D)**Vizepräsident Thomas Oppermann:**

Vielen Dank. – Letzter Redner in der Debatte ist der Kollege Dieter Stier für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dieter Stier (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Landwirte in Deutschland wurden bereits vor Beginn der Coronapandemie sehr hart geprüft. Scharfe Urteile, raue Töne und offene Anfeindungen sind leider Alltag für fast jeden Tierhalter und Betriebsinhaber. Leider hat das Verständnis für ihre tägliche Arbeit seitdem weitere Rückschläge einstecken müssen. Ich möchte daher zu Beginn meiner Anmerkungen unseren Landwirten die oft versagte Anerkennung aussprechen, die sie dringend nötig und verdient haben und die – lassen Sie mich das bitte ergänzen – von diesem Haus nur selten überzeugend von allen hier vertretenen Fraktionen übermittelt wird.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg.
Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Wir sollten mit der Fehlbeurteilung aufräumen. Landwirtschaft ist mehr als nur stinkende Gülle und mehr als laute staubverursachende Traktoren. Deswegen sage ich einen Dank an all jene in der Landwirtschaft und Tierhaltung, die bis heute trotz dieser massiven Widerstände, trotz teilweise anhaltender Trockenheit, trotz ständig steigender Bodenpreise und anderer Widrigkeiten unsere

Dieter Stier

- (A) Ernährungsgrundlagen sichern, auch in Zeiten einer Pandemie. Wir alle sollten diese Leistung vorurteilsfrei anerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für mich ist klar: Nur ein Mindestmaß an Respekt kann die Grundlage für alle weiteren Diskussionen sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute stehen mehrere Dinge zur Beratung an: das Direktzahlungen-Durchführungsgesetz, die Änderung agrarmarktrechtlicher Bestimmungen, welche insbesondere europarechtliche Umsetzungen beinhalten, aber auch ein Antrag der FDP-Fraktion vom Januar, dessen heutige Beratung aus meiner Sicht eigentlich schon durch den langen Zeitablauf entbehrlich gewesen wäre.

Zum Direktzahlungen-Durchführungsgesetz und zur Umschichtung der Mittel von der ersten in die zweite Säule hat der Kollege Färber schon die bedeutendsten Punkte ausgeführt, die Vor- und Nachteile abgewogen. Es liegt jetzt bei den Ländern, bei der Umsetzung der Förderprogramme die richtigen Schwerpunkte zu setzen.

Ja, als Abgeordneter aus Sachsen-Anhalt kann ich Ihnen sagen, lieber Artur, dass bei uns die Vorgewende sicherlich etwas weiträumiger sind als in Süddeutschland. Deshalb ist es richtig, dass die Länder auch unterschiedliche Förderschwerpunkte bei der Umsetzung setzen können.

- (B) Ja, ich verstehe nicht, warum in meiner Heimatstadt Weißenfels zwar ein hochmoderner Schlachtbetrieb arbeitet, aber seit dem Fall der Mauer die Tierhaltung dort immer mehr schwindet. Ich kann denen, die das zuständige Ressort in Sachsen-Anhalt verantworten, nur zurufen: Setzen Sie andere Förderschwerpunkte! Unser Gesetzentwurf macht es möglich.

(Zuruf der Abg. Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie mich auch zum Antrag der FDP einige Anmerkungen machen. Ich stimme Ihnen vollkommen zu,

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der AfD)

dass Landwirte selbstbestimmte und wirtschaftlich eigenverantwortliche Unternehmer sind und auch künftig bleiben.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das war jetzt zu früh geklatscht!)

Das sehe ich genauso, und dafür müssen wir alles tun, und das ist auch unser Leitbild.

Ich teile weiterhin Ihre Überzeugung, die uneingeschränkt richtig ist, dass zur Ausrichtung der Betriebe verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen erforderlich sind. Hier gibt es überhaupt keine Unterschiede in der Betrachtungsweise. Aber Ihr abenteuerlicher Vorwurf, wir würden uns bewusst jeglichem ernstgemeinten Dialog verweigern, den kann ich für mich, aber sicherlich auch für die Kolleginnen und Kollegen der Großen Koalition so nicht im Raum stehen lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Diese Behauptung, liebe Freunde, ist einfach falsch. (C) Sie lässt sich auch leicht widerlegen. Als die Landwirte vor knapp einem Jahr in zahlreichen Städten, insbesondere auch hier in Berlin, ihren Unmut zum Ausdruck brachten, war es da draußen vorm Brandenburger Tor Ministerin Klöckner, die sich den 40 000 geduldig zum Dialog gestellt hat. Verweigerungshaltung, lieber Kollege Hocker, sieht anders aus. Dafür haben selbst Kritiker Anerkennung gehabt.

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Gestatten Sie denn dem Kollegen Hocker eine Zwischenbemerkung?

Dieter Stier (CDU/CSU):

Aber selbstverständlich gestatte ich dies dem Kollegen Hocker.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Vielen Dank, verehrter Herr Kollege, dass ich diese Zwischenfrage stellen darf. – Sie haben eben ja ausgeführt, dass ein Dialog zwischen der Bundesregierung und den Landwirten stattfindet. Würden Sie mir zustimmen, dass zu Beginn dieses Dialogs, zu dem ja über 40 Gruppen und Organisationen eingeladen wurden, schon Referentenentwürfe kursiert haben, in denen es darum ging, wie in Zukunft Düngeverordnungen und weitere maßgebliche Regelungen für Landwirtschaft auszusehen haben? Und wollen Sie tatsächlich an Ihrer Aussage festhalten, dass es ein Dialog auf Augenhöhe ist, wenn die Ergebnisse zu Beginn dieses Dialogs eigentlich schon festgestanden haben? (D)

Dieter Stier (CDU/CSU):

Lieber Herr Kollege Hocker, vielen Dank für die Frage. Die beantworte ich ganz kurz: Bei uns kursieren ständig Entwürfe, weil wir nämlich ständig arbeiten und deshalb fortwährend Ideen entwickeln. Die werden wir auch mit den Gruppen rechtzeitig besprechen; und das haben wir zu dieser Zeit auch getan.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das ist meistens der Sinn von Entwürfen, dass man darüber redet! – Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was, meine Damen und Herren – damit komme ich noch einmal zum Antrag der FDP –, unterscheidet uns von Ihrem Antrag? Die Ministerin verspricht eben nichts, was falsche Hoffnungen weckt, sondern sie sagt ganz schlicht, was möglich ist.

(Hermann Färber [CDU/CSU]: Genau!)

Spätestens hier treten die großen Unterschiede zwischen Ihnen und uns in Sachen Herangehensweise auch zutage. Ihr Antrag stellt Scheinlösungen ins Schaufenster, die Sie dann natürlich nicht verantworten müssen. So kommen wir nicht voran.

Übrigens – noch ein letzter Satz –: Der Dialog auf Augenhöhe, den Sie uns absprechen, hat längst stattgefunden.

Dieter Stier

- (A) (Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Das merkt nur keiner!)

Auch die Bundeskanzlerin – Herrn Hoppenstedt habe ich hier gerade gesehen; das kann er ihr ja ausrichten – hat sich im November letzten Jahres auf dem extra anberaumten Agrargipfel mit Landwirten und Vertretern von Branchenverbänden persönlich ausgetauscht, weil wir eben erkennen, dass die Lage der grünen Branche nicht einfach ist. Sie sehen also, meine Damen und Herren: Der von Ihnen angemahnte Dialog hat längst stattgefunden. Er findet täglich statt. Er wird auch künftig sachorientiert stattfinden,

(Zuruf der Abg. Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und er wird auch ständig fortgeführt werden. Ihr Antrag hilft uns dabei, mit Verlaub, leider nicht weiter.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Thomas Oppermann:

Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen sind nicht vorgesehen. Ich schließe die Aussprache.

- (B) Wir kommen zur Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Direktzahlungen-Durchführungsgesetzes. Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/22700, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksache 19/21749 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? – Das sind AfD und FDP. Wer enthält sich? – Grüne und Linke. Bei Enthaltung von Grünen und Linken gegen die Stimmen von FDP und AfD ist damit der Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? – FDP und AfD. Enthaltungen? – Grüne und Linke. Damit ist der Gesetzentwurf mit der gleichen Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 19/23127. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Die Fraktion Die Linke, die Grünen und die AfD. Wer stimmt dagegen? – FDP, CDU/CSU und SPD. Damit ist der Entschließungsantrag mit der Mehrheit der letztgenannten Fraktionen abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 14 b. Abstimmung über den von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung agrarmarktrechtlicher Bestimmungen. Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/23162, den Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Drucksachen 19/21984 und 19/22817 anzunehmen. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zu-

stimmen wollen, um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen des Hauses. Gegenstimmen sehe ich nicht, Enthaltungen auch nicht. Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung angenommen. (C)

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Sind nicht gegeben. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt 14 c. Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zu dem Antrag der Fraktion der FDP mit dem Titel „Ergebnisoffenen Dialog mit Landwirten führen – Beratungen zu Agrarpaket und Düngeverordnung auf wissenschaftliche Grundlagen stellen und Betroffene einbeziehen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 19/17879, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/16476 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Das sind Linke, Grüne, SPD und CDU/CSU. Wer stimmt dagegen? – AfD und FDP. Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist die Beschlussempfehlung gegen die Stimmen von AfD und FDP angenommen und der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Katja Suding, Mario Brandenburg (Südpfalz), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Europäische Hochschullehre im digitalen Zeitalter – Gründung einer European Digital University (D)

Drucksache 19/23108

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (f)
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Ausschuss Digitale Agenda

Für die Aussprache ist eine Dauer von 30 Minuten beschlossen.

Ich bitte jetzt, erst mal den Platzwechsel zu vollziehen, damit wir mit der Beratung beginnen können.

Dann eröffne ich die Aussprache. Als Erster erhält das Wort der Kollege Dr. Jens Brandenburg für die Fraktion der FDP.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar) (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Digitalisierung der Bildung ist in der Krise weit vorangeschritten. Viele Hochschulen haben ja zum ersten Mal ihre Seminare und Vorlesungen vollständig online angeboten. Diesen Innovationsschub wollen wir Freie Demokraten nutzen und nach der Krise nicht in die Lehre von 2019 zurückfallen. Es ist jetzt an der Zeit für bildungspolitische Visionen. Eine solche große Vision hat Emmanuel Macron in seiner Grundsatzrede vor drei Jahren an der Pariser Sorbonne-Universität formuliert: europäische Hochschulen mit europäischen Semestern und Abschlüssen. Die deutsche Bundesregierung und andere Bedenkenträger haben diese wirklich große Vision